Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink

Positionspapier: Bürgererklärung zur Novelle des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG)

Betreff: Novelle des BBPlG: Beschleunigte „Monstertrassen“ gefährden die Netzsicherheit und zerstören Lebensräume – Dezentralität statt zentralistischer Fehlplanung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Gesetzgeber werden Sie in absehbarer Zeit über die Novelle des Bundesbedarfsplan-gesetzes (BBPlG) entscheiden und damit eine Richtungsentscheidung für den Netzausbau in Deutschland treffen. Mit dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des BBPlG soll durch die verfahrensrechtliche Kehrtwende von Erdkabel zurück zu Freileitung und dem weiteren Abbau von Bürgerrechten erneut eine vermeintliche „Beschleunigung“ beim Netzausbau erzwungen werden. **Als direkt betroffene Bürger:innen fordern wir Sie eindringlich auf, gegen diesen Gesetzentwurf zu stimmen.**

Die aktuelle Netzausbaupolitik ist von einem gravierenden Systemfehler gekennzeichnet: Unter dem Deckmantel des Zeitdrucks wird akzeptiert, dass Natur irreparabel beschädigt wird, Landwirtschaft unter großen wirtschaftlichen Druck gerät und Eigentumsrechte zugunsten von vollendeten Tatsachen ausgehebelt werden. Dies alles nimmt man für Höchststromleitungen in Kauf, deren energiewirtschaftliche Notwendigkeit auf veralteten Prognosen beruht und deren Bau neue Sicherheitsstandards ignoriert. **Jede dieser Monstertrassen im beschleunigten Verfahren ist eine zu viel.**

1. Resilienz und Sicherheitsvorgaben durch das KRITIS-Dachgesetz werden ignoriert

Der Bau von weiteren gigantischen, zentralistischen Stromautobahnen wie dem SuedWestLink (DC42/DC42plus) gefährdet die Sicherheit unseres Landes. Das am 17. März 2026 in Kraft getretene KRITIS-Dachgesetz fordert unmissverständlich die Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen gegen physische und hybride Bedrohungen. Zentralistische HGÜ-Leitungen werden zur „Achillesferse des Energiesystems“, denn deren physischer Schutz im Sinne des neuen KRITIS-Dachgesetzes ist flächendeckend nicht zu gewährleisten.

Extremwetterereignisse, Sabotage oder technische Ausfälle an wenigen Knotenpunkten solcher Megatrassen können flächendeckende Blackouts auslösen. Die zunehmend angespannte geopolitische Lage und die Vorfälle der letzten Wochen (siehe u.a. Flughafen Leipzig) bekräftigen diese reale Gefahr. Obwohl das KRITIS-Dachgesetz bereits gilt, findet es im aktuellen Szenariorahmen, der Grundlage des Netzentwicklungsplans, keine Berücksichtigung. Zahlreiche Fachstudien belegen längst, dass ein zielgerichteter Auf- und Ausbau von

dezentralen Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen (u.a. virtuelle Kraftwerke, regionale Großspeicher, konsequente Sektorenkopplung) die Versorgungssicherheit und Resilienz im deutschen Energiesystem viel effektiver verstärken kann. Der Ihnen vorliegende Entwurf des BBPlG zementiert stattdessen eine hochgradig verletzliche, veraltete Versorgungsstruktur auf Basis einer fiktiven „Kupferplatte".

2. Fehlprognosen beim Offshore-Ausbau erzeugen „Geistertrassen"

Die enormen Kapazitäten der geplanten Trassen werden politisch mit dem Transport von Offshore-Windstrom begründet. Doch die Ausbauziele erweisen sich zunehmend als unrealistische Wunschprognosen. Der Offshore-Ausbau in Nord- und Ostsee hinkt den Plänen meilenweit hinterher - mehrere milliardenschwere Mega-Windprojekte stehen derzeit vor dem Aus. Laut den laufenden Daten der Fraunhofer ISE-Energy-Charts liegt der Anteil von Windenergie auf See an der gesamten deutschen Nettostromerzeugung bei lediglich rund 6%.

Es droht der Bau von astronomisch teuren, langfristig ungenutzten Netzkapazitäten. Da das Risiko kriselnder Windkraft-Konsortien steigt, drohen hier gigantische Fehlinvestitionen. Diese Milliardenkosten werden am Ende über die Netzentgelte einseitig auf die Stromrechnungen der privaten Verbraucher:innen sowie des Mittelstands abgewälzt. Während Großkonzerne diese Megatrassen vehement einfordern und sich so aus der eigenen Verantwortung für dezentrale Transformationslösungen stehlen, trägt die Allgemeinheit das volle finanzielle Risiko.

3. Mythen und Realität: Freileitungen sind keine „schonende" Alternative

In der aktuellen Debatte wird die Freileitung fälschlicherweise als unkomplizierter, ökologisch harmloser Ausweg dargestellt. Die Realität vor Ort sieht anders aus: Auch für bis zu 80 Meter hohe Masten müssen breite dauerhafte Schneisen durch Wald und Flur geschlagen werden. Große Baufahrzeuge benötigen massive Zuwegungen, um die gigantischen Fundamente zu errichten. Baulärm, Dreck und erhebliche Straßenschäden an der kommunalen Infrastruktur sind vorprogrammiert.

Egal ob Freileitungsfundament oder Erdkabelgraben: Der Fehler liegt im zentralistischen System selbst. Beide Technologien hinterlassen bei diesen Dimensionen verheerende Spuren. Das Landschaftsbild und sensible Ökosysteme werden unumkehrbar zerstört, der Boden verdichtet und tiefenwirksam geschädigt. Die Menschen vor Ort werden mit den Folgen allein gelassen.

4. Das falsche Versprechen der Beschleunigung erzeugt Planungschaos

Dass Großprojekte verzögert werden und sich massiv verteuern, liegt am politisch erzwungenen Zeitdruck, der eklatante Planungsfehler begünstigt. Die Quittung sehen wir aktuell beim SuedLink: Baustopps wie am Salzbergwerk in Bad Friedrichshall wegen mangelhafter geologischer Voruntersuchungen oder die unkontrollierten Bentonit-Ausbläser bei Spülbohrungen (z. B. an der Jagst bei Möckmühl, in Altertheim und der Streu), die ganze

Ökosysteme verunreinigen. Eine planlose Kehrtwende hin zu Freileitungen stoppt diese Fehler nicht, sondern bringt viele neue Probleme mit sich.

Erdkabel und Freileitungen haben völlig unterschiedliche Raumansprüche. Bei einer Umplanung muss die Bundesnetzagentur grundlegend veränderte Kriterien (rechtlich, räumlich und ökologisch) berücksichtigen. Nachdem der massive Bürgerprotest vor Jahren zum Erdkabelvorrang für HGÜ-Trassen geführt hat, wird die „Rolle rückwärts" der Politik eine neue heftige Protestwelle nach sich ziehen. 80 Meter hohe Freileitungsmasten werden keine gesellschaftliche Akzeptanz finden. Die notwendigen Umplanungen durch die Suche nach neuen Trassenkorridoren (unter Einhaltung von 400-Meter-Mindestabständen) führen erneut zu Mehrkosten und Zeitverzögerungen. Die versprochene Einsparung ist eine planerische Illusion.

5. Einschränkung der Bürgerrechte durch Turbo-Enteignungen

Das Fass zum Überlaufen bringt jedoch der Versuch, diese Infrastrukturprojekte gegen den erklärten Willen der betroffenen Bürger durchzusetzen und dabei zusätzlich Eigentumsrechte zu verletzen. Das BBPlG deklariert für die aufgeführten Übertragungsleitungen einen „vordringlichen Bedarf" und stellt sie per Gesetz in das „überragende öffentliche Interesse". Dies ist eine bloße Behauptung. Sie ergeht ohne sorgfältige Prüfung von Alternativen, ohne eine dringend notwendige Anpassung veralteter Rechenmodelle - die im Kern von den profitorientierten Übertragungsnetzbetreibern selbst erstellt werden - und unter völliger Missachtung fundierter Kosten-Nutzen-Analysen. Zudem werden valide wissenschaftliche Erkenntnisse – wie die des Kopernikus-Projekts Ariadne – ignoriert. Diese belegen eindeutig, dass regionale Strommarktpreise den Bedarf an HGÜ-Leitungen massiv senken und eine gesamtwirtschaftliche Kostenersparnis von rund 100 Milliarden Euro realisieren könnten. Hier werden politische Vorfestlegungen getroffen, die sich von der energiewirtschaftlichen Realität entkoppeln und dem tatsächlichen Gemeinwohl vollkommen entgegenstehen.

Erst durch diesen im BBPlG gesetzlich fixierten „vordringlichen Bedarf" wird der Weg für eine vorzeitige Besitzeinweisung nach dem EnWG und dem NABEG freigemacht. Das rechtsstaatliche Prinzip, Eigentum bis zur finalen Planfeststellung umfassend zu schützen, wird damit faktisch ausgehebelt. Grundstückseigentümer werden vor vollendete Tatsachen gestellt, noch bevor ein ordentliches Hauptsacheverfahren abgeschlossen ist. Im Ergebnis bedeutet dies: Die Bagger können rollen, während die rechtliche Zulässigkeit der Maßnahme noch ungeklärt ist. Diese rücksichtslose Missachtung lokaler und privater Belange ist einer vorzeitigen Enteignung gleichzusetzen und wird eine neue Welle des gesellschaftlichen Widerstands hervorrufen. Wer faire Verfahren der Netzausbaubeschleunigung opfert, um Fakten im Eilverfahren zu erzwingen, beschädigt das Vertrauen in den Rechtsstaat nachhaltig. Dass sich kritische Infrastrukturprojekte durch diese rücksichtslose Verfahrensabkürzung beschleunigen lassen, ist ein fataler Irrtum.

Wir sind im gesamten Bundesgebiet entlang aller großen HGÜ-Trassen vernetzt und wir sind bereit, den demokratischen Protest auf die Straße zu tragen. Sämtliche

„Beschleunigungsgesetze“ - vom Plansicherstellungsgesetz bis zu den jüngsten Infrastruktur-Novellen - haben nicht nur zu einer drastischen Einschränkung der Bürgerrechte geführt, sondern zusätzlich auch Umweltverträglichkeits- und Artenschutzprüfungen faktisch außer Kraft gesetzt. Mit jeder Novelle des BBPlG haben sich diese Missstände weiter verschärft. So kann und darf es nicht weitergehen.

Die Kernforderungen des Bundesverbandes zur BBPlG-Novelle

Um das Vertrauen in den Rechtsstaat zu wahren, Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe abzuwenden und eine zukunftsfähige Energiewende zu sichern, fordern wir Sie auf:

- **Stimmen Sie gegen die verfahrensrechtliche Kehrtwende „zurück zur Freileitung“ bei HGÜ-Trassen,** da sich daraus weder mehr Umweltschutz noch eine echte Kostenreduktion ableiten lassen.
- **Stimmen Sie gegen den weiteren Abbau von Bürgerrechten,** denn die Einschränkung von Beteiligungs- und Klagerechten führt nicht zu einer Beschleunigung des Netzausbaus, sondern zu massivem Protest und beschädigt das Vertrauen der Bürger:innen in den Rechtsstaat nachhaltig.
- **Setzen Sie sich für die verbindliche Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes ein,** denn diese gesetzliche Verpflichtung muss auch für den Szenariorahmen des Netzentwicklungsplans gelten. Erkennen Sie die Verwundbarkeit der kritischen Infrastruktur durch zentralistische Megatrassen an: Wir brauchen Resilienz statt einer fiktiven Kupferplatte sowie Schutz vor Blackouts durch dezentrale, krisensichere Strukturen.
- **Unterziehen Sie die Netzentwicklungsplanung einem Realitätscheck**, bevor noch mehr HGÜ-Trassen durch das Land gezogen werden, die letztendlich zu milliardenschweren „Geistertrassen“ verkommen, weil die Ausbauziele der Offshore-Windenergie auf utopischen Wunschprognosen beruhen.
- **Schützen Sie die Stromverbraucher:innen vor Fehlinvestitionen,** die über die Netzentgelte einseitig auf die Privathaushalte und den Mittelstand abgewälzt werden.
- **Nutzen Sie wissenschaftliche Fakten** unter Berücksichtigung aktueller Studien (wie dem Kopernikus-Projekt Ariadne) zur Einführung regionaler Strommarktpreise, um den Bedarf an neuen HGÜ-Leitungen drastisch zu senken.
- **Bestehen Sie auf umfassenden Kosten-Nutzen-Analysen** für den Netzausbau und auf einer überfälligen Anpassung der von den Übertragungsnetzbetreibern verwendeten Rechenmodelle an zeitgemäße Parameter.
- **Stoppen Sie die „Turbo-Enteignungen“** und setzen Sie sich für die Wiederherstellung des Rechtsstaats- und Eigentumsschutzes ein. Es darf keine vorzeitigen

Besitzeinweisungen geben, bevor das Hauptsacheverfahren rechtlich vollständig abgeschlossen ist.

- **Schützen Sie Umwelt und Natur konsequent:** Es darf keine Aufweichung oder Aussetzung von Umweltverträglichkeits-, Artenschutz- und geologischen Voruntersuchungen im Eilverfahren geben.

Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink (BBgS) vertritt den Zusammenschluss zahlreicher regionaler Initiativen entlang der geplanten SuedLink-Trasse von Schleswig-Holstein über Niedersachsen und Thüringen bis nach Bayern und Baden-Württemberg. Der Verband begleitet das Projekt seit den ersten Planungsphasen kritisch und setzt sich für den Schutz von Mensch, Natur und Eigentum sowie für eine dezentrale Energiewende ein.

Kontakt:
Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink
Maria Quanz, Verbandssprecherin
Im Graben 5, 36151 Burghaun
kontakt@bundesverband-gegen-suedlink.de
www.bundesverband-gegen-suedlink.de